

## Sozialpsychologische und soziostrukturelle Determinanten politischer Partizipation: Bericht aus einem Forschungsprojekt

Buse, Michael; Oppermann, Reinhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Buse, M., & Oppermann, R. (1978). Sozialpsychologische und soziostrukturelle Determinanten politischer Partizipation: Bericht aus einem Forschungsprojekt. In K. M. Bolte (Hrsg.), *Materialien aus der soziologischen Forschung: Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld* (S. 41-58). Darmstadt: Luchterhand. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-137254>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sozialpsychologische und soziostrukturelle Determinanten politischer Partizipation. Bericht aus einem Forschungsprojekt.

Michael Buse

Reinhard Oppermann

## 1. Einleitung und theoretischer Hintergrund

Politische Partizipation wollen wir verstehen als den Versuch der Einflußnahme auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß.

Dabei wollen wir eingrenzend von politischer Partizipation einmal nur bei dem politischen Verhalten solcher Personen sprechen, die nicht qua Amt oder Funktion für die Vorbereitung oder Durchführung politischer Entscheidungen zuständig sind. Zum anderen muß das politische Verhalten eine Versuch darstellen, auf einen konkreten Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß beeinflussend einzuwirken. Eine derartige Bestimmung von politischer Partizipation hat zur Folge, daß z.B. die Teilnahme an den Parlamentswahlen in Bund, Ländern und Kommunen nicht die Qualität von politischer Partizipation hat.

Versuche der politischen Beteiligung in unserem Sinne können am ehesten dann erwartet werden, wenn ein für die fraglichen Personen erkennbarer, bedeutsamer und Betroffenheit auslösender Konfliktfall vorliegt, d.h. ein solcher, der aufgrund unterschiedlicher Interessen auch unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten enthält.

Wir untersuchen demnach politische Partizipation im Hinblick

auf (objektiv oder subjektiv bedeutsame) politische Konflikte und Partizipation als die instrumentelle Handlung (Skette) zur Erreichung von Nutzen und/oder zur Vermeidung von Schäden bei solchen politischen Konflikten.

Da für Handeln die subjektive Sichtweise der Person entscheidend ist, wollen wir Konflikt- und Betroffenheitswahrnehmung als Möglichkeitsbedingung für den Versuch des Eingreifens in den Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß und die Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten als Voraussetzung für das Ergreifen bestimmter Beteiligungsformen untersuchen. Politische Partizipation hängt ab von der Stellung der Person im und zum politischen System. Dies gilt in mehrfacher Hinsicht. Zum einen ist es das Einstellungsmuster des Partizipanten zum politischen System und seinen Teilsystemen, Institutionen, Handlungsträgern und Handlungsmöglichkeiten. Dieses Einstellungssystem stellt ein kognitiv mehr oder weniger begründetes affektives Bewertungsmuster dar. Wir nehmen an, daß es einstellungskonforme Sicht- und Handlungsweisen positiv und einstellungsdivergente Sicht- und Handlungsweisen negativ beeinflußt. Es wirkt sich also auf perzeptives und aktives Verhalten aus.

Zu diesen Einstellungen kommen sozial-normative Faktoren der Handlungssteuerung hinzu. Die Person unterliegt in einem sozialen Kontext bestimmten Einflüssen und Erwartungen, die teilweise direkt auf das eigene Verhalten bezogen sind. Diese Handlungserwartungen können, müssen aber nicht übereinstimmen mit den eigenen Einstellungen.

Beide zusammen, Einstellungen und Verhaltenserwartungen, steuern zu einem wesentlichen Teil das konkrete Verhalten. Einstellungen und soziale Verhaltenserwartungen werden in einem Erfahrungsprozeß in der konkreten Umgebung der Person gelernt.

Dabei spielen die Wert- und Normvorstellungen der sozialen Bezugsgruppen ebenso eine Rolle wie soziostrukturelle Merkmale der Position der Person in dem Sozialgefüge. Diese soziostrukturellen Merkmale wirken sich in zweierlei Weise auf das Verhalten der Person aus: Einmal beeinflussen sie direkt das Verhalten, indem sie bestimmte Handlungsressourcen zur Verfügung stellen (über Zeit- und Finanzbudget, Bildungsgrad, berufliche Qualifikationen usw.); zum zweiten schlagen sich diese 'objektiven' Bedingungen in den Einstellungs- und Normsystemen nieder, d.h. es wird gelernt, daß für bestimmte Personen bestimmtes Verhalten nicht verfügbar ist und von ihnen auch nicht erwartet wird. Den Prozeß, in dem sich diese Erfahrungen bilden, kann man insgesamt als politische Sozialisation bezeichnen.

Diese in den einzelnen sozialen Schichten typischerweise unterschiedlich verlaufenden Sozialisationsprozesse wollen wir durch das Merkmal der Schichtzugehörigkeit erfassen.

## 2. Ergebnisse: Forschungsprojekt: "Altstadtsanierung in Andernach"

### 2.1. Sozialpsychologische Fragestellungen

Wie wir gezeigt haben, ist unser Ansatz zur Erklärung der politischen Partizipation ein konfliktbezogener: An einem Konflikt setzen Entscheidungen an; auf die Mitwirkung an diesen Entscheidungen richtet sich die Partizipation. Die Auswahl unseres Untersuchungsfeldes hat sich daran orientiert, daß ein Bündel von potentiell konfliktträchtigen Entscheidungssituationen vorliegt, die über- und durchschaubar sind und von denen die Mehrzahl von Personen betroffen sind. Dazu haben wir einen Konfliktfall aus dem Bereich der Kom-

munalpolitik ausgewählt, nämlich eine Altstadtanierung in Andernach. Wir hatten zunächst zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für unseren Partizipationserklärungsansatz gegeben sind, ob nämlich die Personen die konfliktierenden Maßnahmen, die eigene Betroffenheit und die Beteiligungsmöglichkeiten erkannt haben. Dies kann nach den gefundenen Ergebnissen als gegeben angesehen werden: Die meisten der Befragten nehmen die einzelnen Konfliktfelder (durchschnittlich 74%) und ihre eigene Betroffenheit (ca. 50%) wahr; die Kenntnis der zur Verfügung stehenden Beteiligungsmöglichkeiten ist ebenso vorhanden (bei mindestens 74%). Für diejenigen Personen, die die einzelnen Konfliktfelder, die eigene Betroffenheit und die Beteiligungsmöglichkeiten nicht erkennen, wurden erwartungsgemäß niedrigere Beteiligungsbereitschaften gefunden. Das wird als Bestätigung unseres konfliktbezogenen Ansatzes gewertet. Nach diesem Vorergebnis können wir nun zu einem ersten Erklärungsschritt der Partizipation übergehen. Wir haben als erste zentrale sozialpsychologische Erklärungsvariable die Einstellung bezeichnet.

Bezüglich der im Kontext der Stadtsanierung einsetzbaren Partizipationsformen wurden von uns drei Einstellungsskalen entwickelt, die sich auf

- 1) die Kontakte der Bürger mit Parteien, Politikern und Verwaltung beziehen und den Verdacht von Egoismus, Manipulation und mangelnder Responsivität dieser Akteure ausdrücken:  
"Einstellung zu politisch-administrativen Akteuren",
- 2) die Möglichkeit der Interessenartikulation und der -berücksichtigung durch Bürgerinitiativen richten:  
"Einstellung zu Bürgerinitiativen" und
- 3) die Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten zwischen

Bürgern und Verwaltung beziehen:

"Einstellung zum administrativen Informationsangebot".

Neben diesen eigenen Skalen wurden zwei weitere Instrumente zur Erfassung politischer Einstellungen eingesetzt. Es handelt sich dabei um die von Ellwein und Zoll<sup>1)</sup> entwickelten Skalen zum "Politischen Engagement" und zur "Politischen Entfremdung". Mit dem Einsatz dieser Skalen sollen zwei Fragen beantwortet werden:

- 1) Wird die Untersuchungsgruppe auf diese Weise vergleichbar mit einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt der BRD hinsichtlich der in den Skalen zum Ausdruck gebrachten Einstellungsbereiche Entfremdung von und Engagement im politischen System; dazu liegen nämlich Vergleichsdaten von Ellwein und Zoll vor.
- 2) Soll geprüft werden, inwieweit die Einstellungen zu Beteiligungen an konkreten politischen Maßnahmen eingebettet ist in Einstellungen zu genereller politischer Beteiligung ("Politisches Engagement") und zum politischen System ("Politische Entfremdung").

Die Beziehungen zu den Einstellungen sind sämtlich statistisch signifikant. Praktisch bedeutsam ist allerdings nur die Beziehung zwischen der "Einstellung zu politisch-administrativen Akteuren" und der "Politischen Entfremdung". In beiden Fällen wird ein Unbehagen und Mißtrauen gegenüber politischen Handlungsträgern ausgedrückt, das sich mit einigen inhaltlichen Nuancen im ersten Fall auf spezifische kommunale Akteure und im letzteren auf Politiker generell bezieht. In relativ starkem Maße gilt also, daß derjenige, der allgemein den Politikern nicht traut, dies auch den kommunalen Vertretern gegenüber tut. Ob dieses Mißtrauen und Unbehagen aufgrund konkreter (im kom-

munalen Bereich gewonnener) Erfahrungen auf die gesamte Politik übertragen wird oder eher umgekehrt ein allgemeines Gefühl des Mißtrauens und Unbehagens sich im konkreten kommunalen Raum auswirkt, ist im Rahmen dieser Querschnittsanalyse nicht entscheidbar. Auffällig ist, daß die geringste Beziehung zwischen der "Einstellung zu Bürgerinitiativen" und der "Politischen Entfremdung" besteht, daß also diejenigen, die z.B. den politischen Handlungsträgern skeptisch gegenüberstehen, zur solcher politischer Beteiligung, die nicht die durch diese Politiker vorgezeichneten, bzw. angebotenen Kanäle der Beteiligung beschreiten, eine sehr uneinheitliche Haltung zeigen, daß einige von ihnen dazu bereit, andere aber nicht bereit sind. Aus dem Ausmaß der politischen Entfremdung kann man also nicht in praktisch bedeutsamem Maße auf die Einstellung zu der nicht vom politischen System vorgezeichneten Beteiligungsform "Bürgerinitiative" schließen. Die übrigen Korrelationen weisen auf vorhandene, aber niedrige Zusammenhänge zwischen den angesprochenen Einstellungsbe- reichen hin. Die Ergebnisse zeigen, daß die drei spezifi- schen Skalen gemeinsam und die zwei allgemeinen Skalen einzeln etwa gleich viel zur Erklärung der Beteiligungsbereitschaft beitragen, dieser Beitrag jedoch, obwohl statistisch sehr signifikant, mit durchschnittlich  $r = 0.320$  recht gering ist, d.h. es werden jeweils nur ca. 10% an Varianz aufgeklärt. Eine gemeinsame Berücksichtigung aller Einstellungsmaße führt zu einer multiplen Korrelation von  $R = 0.451$  (wodurch ca. 20% an Varianz aufgeklärt werden).

Einstellungen sind nach diesen Ergebnissen bei weitem nicht in der Lage, hinreichend die Beteiligungsbereitschaft zu erklären.

Ähnlich sind die Resultate, wenn man statt der Beteiligungs- bereitschaft die tatsächliche Beteiligung vorhersagen will; diese wird mit  $R = 0.448$  ebenfalls zu ca. 20% erklärt.

Die sozialen Verhaltenserwartungen wurden erfaßt für die relevanten Beteiligungsformen und die ermittelten wichtigen Bezugspersonen "Freunde", "Familie" und "Politiker". Für die hier zu berichtenden Ergebnisse wurden die Werte pro Bezugsgruppe über die Beteiligungsformen hinweg zusammengefaßt.

Absolut gesehen ist die Wahrnehmung sozialer Verhaltenserwartungen recht schwach ausgeprägt. Dies spiegelt sich schon in den Mittelwerten wider, ist jedoch anschaulicher an den durchschnittlichen Anteilen der Ja-, Nein- und Weiß-Nicht-Antworten abzulesen, die in der nämlichen Reihenfolge bei 21.3, 74.4 und 4.3% liegen, d.h. fast 3/4 der Befragten geben an, daß sie für die einbezogenen Beteiligungsmöglichkeiten von den drei Bezugsgruppen keine Verhaltenserwartungen wahrnehmen; der niedrigste Prozentsatz liegt bei 65% und der höchste bei 83%. Die in den Mittelwerten sichtbar werdenden Unterschiede zwischen den Erwartungen bezüglich der Beteiligung in unterschiedlichen Formen lassen sich statistisch eindeutig sichern ( $F = 18.78^{***}$ ; 2% Varianzaufklärung). Die Unterschiede zwischen der ersten und der letzten Form sind gemäß der Rangordnung am größten und enthalten Ja-Antworten im Verhältnis von 2:1, d.h. bzgl. des Ausstellungsbesuchs nehmen fast doppelt so viele Befragte eine auffordernde soziale Verhaltenserwartung wahr (30%) wie bezüglich der Mitarbeit in Bürgerinitiativen (16%). Die Unterschiede zwischen den Verhaltenserwartungen der drei Bezugsgruppen sind sehr gering und lassen sich auch statistisch nicht sichern ( $F = 0.85$ ). Dieses allgemeine undifferenzierte Ergebnis ändert sich etwas bei einer näheren Analyse der Antworten auf die sechs verschiedenen Beteiligungsformen und läßt erkennen, daß die nach unserem Klassifikationsansatz (s.u.) als weniger schwierig bzw. weniger konfliktrichtig zu bezeichnenden Beteiligungsformen am ehesten in der Familie erwartet werden (Ausstellungsbesuch und persönliche Kontakte mit der Verwaltung). Die als schwieriger und konfliktreicher klassifizierten Formen



(Wortmeldung auf Ausstellungen, Mitarbeit in Bürgerinitiativen) werden eher den Freunden und diejenigen Formen, die politische Akteure ansprechen (persönliche Kontakte mit Parteien und Politikern) werden eher den Politikern zugeordnet.

Wir wollen nun den Beitrag der sozialen Verhaltenserwartungen als Bereitschafts- und Beteiligungsdeterminante untersuchen. Die Ergebnisse fallen etwas günstiger aus als die der Einstellungen:  $R = 0.562$ ;  $\hat{\Delta} = 32\%$  Varianzaufklärung bzw.  $R = 0.519$ ;  $\hat{\Delta} = 27\%$  Varianzaufklärung. Die normativen Erwartungen der Bezugsgruppen scheinen danach einen recht erheblichen Einfluß auf die Beteiligungsbereitschaft und die tatsächliche Beteiligung auszuüben.

Eine Rolle wird für die Erklärungsüberlegenheit der sozialen Verhaltenserwartungen aber wohl der stärkere Verhaltens- und Situationsbezug der Variablen gegenüber dem der Einstellungen spielen. Die Erwartungen richten sich (notwendigerweise) auf das Verhalten und legen implizit eine Berücksichtigung der konkreten (Konflikt-)Situation nahe.

Berücksichtigt man die Einstellungen und die sozialen Verhaltenserwartungen gemeinsam als Erklärungsgröße, finden sich Werte von  $R = 0.630$ , d.h. 40% Varianzaufklärung für die Beteiligungsbereitschaft bzw.  $R = 0.740$ , d.h. 55% Varianzaufklärung für die tatsächliche Beteiligung. Diese Werte liegen in Bereichen, die sich mit Ergebnissen zu anderen inhaltlichen Themen vergleichen lassen<sup>2)</sup>.

## 2.2. Soziologische Fragestellungen

Eine Überprüfung der sozialisatorischen Variablen (hier zunächst: Schichtspezifische Sozialisation) zeigte in fast allen

Fällen erwartungsgemäß eine deutlich positivere Beziehung in dem Sinne, daß Personen, die einen der mittleren und oberen Mittelschicht typischen Sozialisationsprozeß durchlaufen haben, signifikant positivere Einstellungen, höhere Verhaltenserwartungen und auch einen höheren Grad der Bereitschaft zur politischen Beteiligung aufwiesen als solche Personen, die als Angehörige der unteren drei sozialen Schichten einen anderen schichtspezifischen Sozialisationsprozeß erfahren haben. Insgesamt gilt daher, daß Einstellungen zur politischen Beteiligung um so positiver sind, je höher eine Person in der Schichtskala rangiert (z.B. politische Entfremdung :  $F = 4.987^{***}$  ; 9.1% aufgeklärte Varianz), und daß Verhaltenserwartungen in höherem Maße wahrgenommen werden, je höher die Schichtzugehörigkeit ist (Verhaltenserwartungen der Politiker:  $F = 5.068^{***}$  ; 8.2% aufgeklärte Varianz). Daß bei dem Grad der bisher realisierten Beteiligung die Variable "schichtspezifische Sozialisation" am stärksten im obigen Sinne differenziert ( $F = 13.404^{***}$  ; 21.1% aufgeklärte Varianz!), liegt einmal an der kumulativen Wirkung der drei unabhängigen Variablen (Einstellungen, Verhaltenserwartungen und Verhaltensbereitschaft), wodurch auch der durch sie wirkende Schicht-Faktor verstärkt wird, vor allem aber auch daran, daß wir durch die Operationalisierung dieser Variable als "Schichtzugehörigkeit" neben den Sozialisationswirkungen auch Aspekte der Stellung einer Person in einem System der Ungleichheit in Bezug auf Ressourcen und Sozialchancen erfaßt haben, die unmittelbar auf die Chance der Umsetzung einer eventuell bestehenden Beteiligungsbereitschaft wirken.

Abweichungen von diesem generellen Trend ergaben sich vor allem auf der Ebene der Einstellungen zu spezifischen Beteiligungsformen. Während die Einstellung zu politisch/administrativen Akteuren noch deutlich dem generellen schichtspezifischen Grundmuster folgt, läßt sich für die Nutzung des administrativen Informationsangebots keine nach sozialen

Schichten differenzierte Struktur feststellen. Dieses Informationsangebot ist bei kleinen, aber inkonsistenten und statistisch nicht signifikanten Unterschieden offensichtlich für alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen attraktiv. Überraschend - weil bisherigen Ergebnissen oder Annahmen widersprechend - waren die Einstellungen zu Bürgerinitiativen bei nur geringen und statistisch nicht signifikanten Unterschieden zwischen den Schichten weist die Tendenz und Konsistenz der Ergebnisse im Gegensatz zu den Ergebnissen bei den generellen Einstellungen eher auf eine umgekehrte schichtspezifische Struktur hin, d.h., daß die drei Unterschichten eher positiver zu Bürgerinitiativen stehen als die mittlere und obere Mittelschicht.

Bei den sozialen Verhaltenserwartungen in Bezug auf die Mitarbeit in Bürgerinitiativen wie auch bei der bisherigen Mitarbeit in Bürgerinitiativen zeigt sich tendenziell wieder der Trend einer leichten Überbesetzung der mittleren und oberen Mittelschicht, jedoch sind auch hier die Unterschiede in unserem Sample statistisch nicht zu sichern. Es gilt daher festzuhalten, daß der bei den generellen und den akteurbezogenen Einstellungen und Verhaltenserwartungen wie auch der Beteiligungsbereitschaft und dem Grad der bisherigen Beteiligung festgestellte, z.T. sehr deutliche Schichtbias für die Einstellung zur Nutzung des administrativen Informationsangebots und zur Mitarbeit in Bürgerinitiativen in unserer Untersuchung nicht nachgewiesen werden konnte. Auf der Einstellungsebene konnte die von fast allen Untersuchungen wiederholte These vom "Mittelstandsbias" der Bürgerinitiativen nicht repliziert werden.

Neben diesen recht deutlichen Zusammenhängen zwischen schichtspezifischer Sozialisation und den Einstellungen und Verhaltenserwartungen ließen sich auch bei den beiden anderen Sozialisationsvariablen (dem Organisationsgrad und dem

Grad der (bisherigen) Beteiligung) Zusammenhänge mit den zentralen Variablen nachweisen.

Zwischen dem Grad der bisherigen Beteiligung und den Einstellungen lassen sich vor allem im Bereich der generellen Einstellungen signifikante Korrelationen nachweisen (Entfremdung:  $r = -0.366$ ; Engagement:  $r = 0.278$ ), bei den form-spezifischen Einstellungen jedoch nur bei den politisch/administrativen Akteuren ( $r = -0.308$ ). Die verhaltensverstärkenden Sozialisationswirkungen bisheriger Beteiligung lassen sich also vorwiegend für die bei Einstellungen genereller Art (was z.T. auch noch für die Einstellung zu politisch/administrativen Akteuren gilt) nachweisen, und es ist anzunehmen, daß bei den auf spezifische Beteiligungsformen bezogenen Einstellungen die situativen Faktoren überwiegen.

Deutlich festzustellen war auch ein Zusammenhang zwischen Beteiligungsgrad und Verhaltenserwartungen ( $R = 0.562$ ;  $\hat{=}$  32% Varianzaufklärung). Hier wird man davon ausgehen müssen, daß bisherige Beteiligung insbesondere die Sensibilisierung gegenüber den Verhaltenserwartungen verstärkt.

Die verhaltensverstärkenden Sozialisationswirkungen lassen sich auf hohem Niveau für die Bereitschaft zur Wiederholung von Beteiligungshandlungen sichern ( $r = 0.705$ ). Überraschend war jedoch, daß bei keiner der untersuchten Beteiligungsformen ein Zusammenhang zwischen Handlungserfolg (Selbstbericht) und Wiederholungsbereitschaft nachgewiesen werden konnte. Hier wird man jedoch trennen müssen zwischen der Erfahrung, ob eine konkrete Handlung (evtl. aufgrund situations-spezifischer Bedingungen) erfolgreich war und der Einschätzung, ob eine bestimmte Handlungsform generell erfolgversprechend ist. Letzteres, die generelle Einschätzung der Wirksamkeit von Beteiligungsmöglichkeiten, dürfte eher geeignet sein, die Wiederholungsbereitschaft zu bestimmen, ist aber kein neuer Be-

stimmungsfaktor, sondern Bestandteil der formspezifischen Einstellungen.

Mit dem "Organisationsgrad" wollten wir die Sozialisationswirkungen der Mitarbeit in Vereinen und Verbänden erfassen, die wir als bedeutsam für Einstellungen, soziale Verhaltenserwartungen und Beteiligungsbereitschaft angesehen hatten. Der Organisationsgrad erfaßt die Zahl der Mitgliedschaften in Vereinen, die Häufigkeit des Veranstaltungsbesuchs und den Zeitaufwand für Vereinstätigkeit und unterscheidet fünf Gruppen:

Nicht-Mitglieder/Inaktive/Wenig Aktive/Aktive/Sehr Aktive.

Obwohl auch im Organisationsgrad entsprechend den Ergebnissen früherer Untersuchungen<sup>3)</sup> ein höherer Organisationsgrad mit höherer Schichtzugehörigkeit einhergeht ( $\text{CHI}^2 = 38.522^{***}$ ), läßt sich kein Zusammenhang herstellen zwischen den Einstellungen zur politischen Beteiligung und dem Grad der Aktivität in Vereinen generell. Die These, daß die Mitarbeit in Vereinen sich positiv auf die Einstellungen zur politischen Beteiligung auswirken würde, ließ sich so nicht erhärten. Erst wenn man die Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen nach der Vereinsart unterscheidet (politische Organisationen/politisch relevante Organisationen (z.B. Gewerkschaften/unpolitische Vereine) ergibt sich, daß Mitgliedschaft und Aktivität in Vereinen umso eher zu einer positiveren Einstellung zur politischen Beteiligung führen, je näher die jeweilige Organisation von ihren Zielen und Handlungsmustern zum politischen Handlungsfeld liegt. Während diese letzte Erklärung jedoch in gewissem Maße tautologisch ist, kann sie doch dazu herangezogen werden, die These einer generellen Wirksamkeit des Faktors Organisationsgrad auf die Einstellungen zurückzuweisen. Überraschend war bei diesem Fund jedoch, daß mit höherem Organisationsgrad eine deutlich höhere Wahrnehmung

von sozialen Verhaltenserwartungen (besonders der Politiker und Freunde) in Bezug auf politische Beteiligung einhergeht ( $F = 11.164^{***}$ ; 11.5% aufgeklärte Varianz;  $F = 10.154^{***}$ , 10.6% aufgeklärte Varianz).

Insgesamt zeigt sich also hier, daß die Mitgliedschaft und die Aktivität in Vereinen und Organisationen als Faktor der politischen Sozialisation nicht primär über die Ebene der Einstellungen wirkt, sondern vor allem über die Vermittlung von Verhaltenserwartungen relevanter Bezugsgruppen (Freunde, Politiker), für die die Vereine - und hier insbesondere solche, die durch ihre Nähe zum politischen Handlungsfeld gekennzeichnet sind - als informelles lokales Kommunikationsfeld von besonderer Bedeutung sind.

Größere Bedeutung als die Sozialisationswirkungen beim Organisationsgrad scheint jedoch die Tatsache zu haben, daß die Mitgliedschaft in Vereinen ein erweitertes Handlungsrepertoire und Handlungsressourcen verschafft (durch Kontakte, spezifische Fähigkeitsentwicklung, etc.). Dies wirkt unmittelbar auf die Handlungsbereitschaft und die Möglichkeit der Umsetzung dieser Bereitschaft. Dementsprechend ist der Zusammenhang zwischen Organisationsgrad und Beteiligungsgrad (bisher realisierte Bereitschaft) deutlich höher als der mit Einstellungen und Verhaltenserwartungen.

Beteiligungsbereitschaft und Beteiligungsgrad in Abhängigkeit vom Organisationsgrad

Organisationsgrad	Beteiligungsbereitschaft	Beteiligungsgrad	N
Nicht-Mitglieder	18.106	13.129	66
Inaktive	18.288	15.229	59
Wenig Aktive	18.300	15.139	90
Aktive	20.302	23.594	53
Sehr Aktive	22.663	36.024	83
$\bar{M}$	19.595	20.991	
SD	5.348	18.671	
F	11.806 <sup>***</sup>	25.950 <sup>***</sup>	
Aufgeklärte Varianz	12%	23%	

Bei dem schon mehrfach erwähnten Grad der politischen Beteiligung wollten wir nicht der bisherigen Praxis folgen und einfach die Summe der realisierten Beteiligungsformen bilden, da dies aufgrund der Unterschiedlichkeit der einzelnen Beteiligungsformen unbefriedigend erschien. Wir haben daher einen gewichteten Index der politischen Partizipation (PPI) entwickelt, dessen Konstruktion (auf der Basis einer Liste von 15 im konkreten Konfliktfall möglichen und bei den Befragten überwiegend bekannten Beteiligungsformen) auf den unterschiedlichen Ausprägungen solcher Merkmale der einzelnen Beteiligungsformen beruht, die auf seiten der Personen die Wahrscheinlichkeit der Realisierung der jeweiligen Beteiligungsform bestimmen. Die Merkmale sind Initiativität und Engagement, die zu der Dimension "Schwierigkeit" zusammengefaßt wurden, und Konfliktniveau und Konventionalität, die die Dimension "soziale Akzeptanz" bilden. Die Ausprägungen (hoch/mittel/niedrig) dieser Merkmale wurden durch Experteneinschätzung gewonnen. Sie stellen für jede einzelne Beteiligungsform unterschiedliche Schwellenwerte für die Realisierung dar. Für die Bestimmung des Partizipationsgrades (PPI) werden diese Schwellenwerte als Gewichtungsfaktoren benutzt. Insgesamt war die bisher realisierte Beteiligung deutlich höher als erwartet. Entgegen den Erwartungswerten bezüglich politischer Apathie von etwa 70-80% der Bevölkerung<sup>4)</sup> konnten wir feststellen, daß nur 43% der Befragten noch keine der 15 Beteiligungsformen, aber immerhin 29% eine bis drei und 28% vier oder mehr Formen politischer Beteiligung realisiert hatten. Etwas abgeschwächt wird dieser positive Befund hinsichtlich des Gesamtniveaus der politischen Beteiligung, wenn man feststellen muß, daß mehr als die Hälfte aller genannten Beteiligungsakte solche mit äußerst geringer Schwierigkeit und hoher sozialer Akzeptanz waren, die insgesamt als "rezeptive" oder "konsumptive" Beteiligungsformen gekennzeichnet werden können.

Unser Ansatz, Beteiligungsformen nach dem Grad der Schwierigkeit und der sozialen Akzeptanz zu unterscheiden, legte auch die Vermutung nahe, daß Partizipation kumulativ realisiert werde. Im Gegensatz zu anderen Forschungsergebnissen, bei denen unterschiedliche Dimensionen politischer Beteiligung dargestellt wurden<sup>5)</sup> bzw. bei denen von fragmentierter Partizipation berichtet wurde, fanden wir, daß Partizipationsformen eindeutig kumulativ wahrgenommen wurden, d.h., daß bei der Realisierung einer Beteiligungsform auf einer bestimmten Stufe mit hoher Wahrscheinlichkeit alle Formen, die unterhalb dieser Stufe liegen, ebenfalls realisiert werden. Eine Guttman-Skalierung der Beteiligung über die 15 Beteiligungsformen ergab folgende Rangreihe, die über einen Reproduzierbarkeitskoeffizienten von  $R = 0.908$  gesichert wird.

1. Persönliche Kontakte mit der Verwaltung
2. Teilnahme an Kundgebungen
3. Teilnahme an Informations-Ausstellungen der Verwaltung
4. Teilnahme an Unterschriftensammlungen
5. Teilnahme an Parteiversammlungen
6. Persönlicher Kontakt mit Politikern
7. Teilnahme an einer Bürgerversammlung
8. Briefe an Politiker/Verwaltung
9. Briefe an Massenmedien
10. Arbeit als Parteimitglied
11. Teilnahme an einer Anhörung
12. Mitarbeit in einer Bürgerinitiative
13. Teilnahme an einer Straßendemonstration
14. Teilnahme an einem Streik (Betrieb)
15. Teilnahme an einem Mieterstreik.

Während der Schwierigkeitsgrad der Beteiligungsformen nur in sehr wenigen Fällen diesem Stufenmodell der Partizipation korrespondiert, ergibt sich eine auffallende Übereinstimmung des Stufenmodells mit dem Grad der sozialen Akzeptanz für die



einzelnen Beteiligungsformen. Dieses Ergebnis, daß die Realisierung der unterschiedlichen Beteiligungsformen durch die unterschiedliche Risikobereitschaft hinsichtlich sozialer und Norm-Konflikte bestimmt wird, entspricht auch der zuvor festgestellten, überraschend hohen Korrelation zwischen sozialen Verhaltenserwartungen und Beteiligungsbereitschaft.

### 3. Zusammenfassung

Der Grad der Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik war insgesamt höher als erwartet und lag deutlich über den Werten, die aus anderen Untersuchungen bekannt waren. Wenn auch nicht auszuschließen ist, daß dieses Ergebnis durch die eigene Untersuchungskonzeption oder durch die situationsspezifischen Eigenarten des untersuchten Falles bedingt war, vertreten wir die Auffassung, daß der hier berichtete hohe Beteiligungsgrad dadurch zu erklären ist, daß wir unsere Untersuchung an einem relevanten und von der Bevölkerung als solchen wahrgenommenen politischen Konfliktfall angesetzt haben. Da politische Beteiligung jedoch instrumentell stets auf einen konkreten politischen Konfliktfall bezogen ist, halten wir generelle Untersuchungen zur politischen Beteiligung, die vom konkreten Konflikt abstrahieren müssen, zumindest für problematisch, da auf seiten der Befragten die Aktualisierung von Situation, Betroffenheit, Lösungsmöglichkeiten, Beteiligungschancen und Durchsetzungsmöglichkeiten nicht gewährleistet ist.

Was die Ergebnisse selbst angeht, so war hier das herausragendste Ergebnis sicherlich der Nachweis einer kumulativen Struktur der Realisierung von Partizipationsformen. Wir haben dies das "Stufenmodell der politischen Beteiligung" genannt. Daß dabei an erster Stelle der Stufenleiter - noch vor den rezeptiv-konsumptiven Beteiligungsformen - der "Kontakt zur

Verwaltung" stand, ist z.T. durch spezifische Bedingungen des Falles gegeben, deckt sich aber in der Tendenz mit früheren Ergebnissen hinsichtlich der Besonderheiten politischer Partizipation in der Bundesrepublik<sup>6)</sup>.

Die in der beschriebenen Weise konzipierte und erfaßte Beteiligung und Beteiligungsbereitschaft konnte sozusagen vordergründig durch Unterschiede der sozialen Schichtzugehörigkeit, durch weitere soziodemographische Merkmale und durch den Grad der Organisiertheit der Personen erklärt werden. Die Höhe des Erklärungsgrades war besonders für die soziale Schicht beträchtlich. Wir wollten jedoch nicht dabei stehenbleiben, sondern das Bedingungsgefüge der Beteiligung hinsichtlich der Wirkzusammenhänge etwas näher untersuchen. Dazu haben wir unter einem sozialisationstheoretischen Ansatz gefunden, daß sich die Schichtzugehörigkeit über die vermittelnden Variablen Einstellung und soziale Verhaltenserwartung auf die Beteiligung (sbereitschaft) auswirkt, d.h. mit der sozialen Schicht sind unterschiedliche Lern- und Bildungsbedingungen für politisch relevante Einstellungen und für die Wahrnehmung sozialer Verhaltenserwartungen gegeben. Diese bedingen dann die konkrete Ausbildung von Beteiligungsbereitschaften. Im Vergleich untereinander leistet dabei das Muster der sozialen Verhaltenserwartungen einen höheren Erklärungsbeitrag für die Beteiligungsbereitschaft als die Einstellungen, was auf die hohe Bedeutung der wahrgenommenen Aufforderungscharaktere der sozialen Umgebung hinweist.

Über die vermittelnde Wirkung der sozialen Schichtzugehörigkeit und des Organisationsgrades über die Einstellungen und sozialen Verhaltenserwartungen auf die Beteiligungsbereitschaft hinaus sind diese beiden Variablen jedoch auch direkt für die Umsetzung der Beteiligungsbereitschaft in tatsächliche Beteiligung relevant. Sie bieten nämlich im sozialen und beruflichen Feld zusätzliche Handlungsressourcen, die die Möglichkeit zur aussichtsreichen Beteiligung verbessern.

## Anmerkungen

- 1) Ellwein und Zoll, 1973
- 2) Vgl. Oppermann, 1976, S. 114
- 3) Mayntz, 1958 und Dunckelmann, 1975
- 4) Vgl. Zimpel, 1973, S. 329 unter Bezugnahme auf Woodward/Roper und Reigrotzki
- 5) Ellwein und Zoll, 1973; Verba und Nie, 1972
- 6) Almond und Verba, 1965

## Literatur

Almond, G.A. und Verba, S.: The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Boston 1965

Dunckelmann, H.: Lokale Öffentlichkeit, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1975

Ellwein, Th. und Zoll, R.: Politische Bildung und empirische Sozialforschung, in: Materialien zur politischen Bildung, Jg. 1, 1973, Heft 1

Mayntz, R.: Sozialer Wandel und soziale Schichtung in einer Industriegemeinde, Stuttgart 1958

Oppermann, R.: Einstellung und Verhaltensabsicht. Eine Studie zur schulischen Weiterbildung, Darmstadt 1976

Verba, S. und Nie, N.H.: Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York, et. al., 1972

Zimpel, G.: Politische Beteiligung, in: Görlitz, A. (Hrsg.): Handlexikon der politischen Wissenschaft, Reinbek b. Hamburg 1973